

Bundesrat prüft Schadenersatz für Lebensmittelproduzenten

Der Bundesrat will Entschädigungsgesuche von Lebensmittelproduzenten, die im Zusammenhang mit der Kernkraftwerkkatastrophe von Tschernobyl ihre Produkte nicht verkaufen können, «sorgfältig prüfen». Der Direktor des Bundesamts für Gesundheitswesen, Beat Roos, erklärte am Mittwoch in Bern, dass die im Tessin produzierte Milch aufgrund kantonaler Anordnungen nicht zum Frischverkauf freigegeben, sondern vermisch mit radioaktiv weniger belasteter Milch zu Käse verarbeitet werde.

■ VON RICHARD ASCHINGER, BERN

Als indirekte Folge der KKW-Katastrophe von Tschernobyl ist in der Schweiz der Konsum von Milch und Frischgemüse zum Teil empfindlich zurückgegangen. Weil seit kurzem auch beim Fleisch Spuren von radioaktiven Isotopen festgestellt wurden, können auch in diesem Bereich Absatzeinbussen nicht ausgeschlossen werden. Während die Milchbauern durch die Abnahmegarantie des Bundes ihr Geld auch dann erhalten, wenn ihre Milch nicht verkauft werden kann, erleiden Gemüse- und Fleischproduzenten massive Verluste, wenn die Bevölkerung ihre Produkte aus berechtigter Sorge oder Angst nicht mehr kauft.

Mit solchen wirtschaftlichen Konsequenzen der Tschernobyl-Katastrophe beschäftigte sich der Bundesrat am Mittwoch. Beim Bund sind bereits mehr als 70 Entschädigungsbegehren von Produzenten und Verbänden eingegangen. In keinem Fall sind die Forderungen bisher quantifiziert. Auch die Einnahmefälle in der Milchrechnung des Bundes sind noch nicht absehbar. Für den Bundesrat stellt sich die Frage, ob und wenn ja auf welcher Rechtsgrundlage Entschädigungen gezahlt werden sollten.

Aufgrund der Artikel 2 und 16 des Kernenergiehaftpflicht-Gesetzes (KHG) von 1983 muss der Bund Schäden decken,

die «als Folge behördlich empfohlener Massnahmen zur Verminderung einer unmittelbaren nuklearen Gefährdung» entstanden, von Anlagen im Ausland verursacht wurden und für die der Geschädigte im Verursacherland keine Entschädigung erlangen kann.

Ob der Bundesrat in den jetzt vorliegenden Fällen eine solche Deckungspflicht anerkennen will, ist allerdings nicht sicher. Die Rechtsmeinungen über die Anwendbarkeit des KHG sind kontrovers. Die Regierung habe Aufträge für weitere rechtliche Abklärungen erteilt, sagte Vizekanzler Achille Casanova im Anschluss an die Bundesratssitzung vom Mittwoch. Casanovas Bemerkung, eine Entschädigung würde auf jeden Fall einen Dringlichen Bundesbeschluss erfordern, lässt allerdings darauf schliessen, dass der Bundesrat, wenn überhaupt, Schäden als ausserordentliche Elementarschäden behandeln und sich nicht auf das KHG stützen will. Als Argument gegen ein solches Vorgehen wird allerdings erwähnt, dass damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Kernenergiegesetzgebung beeinträchtigt werden könnte. Der Bundesrat will sich in der Entschädigungsfrage gegenwärtig auch deshalb nicht festlegen, weil die mittel- und längerfristigen Folgen und Schäden aus der Tschernobyl-Katastrophe noch nicht absehbar sind.

In keinem Fall hätten bisher Lebensmittel wegen zu hoher Strahlenbelastung aus dem Verkauf gezogen werden müssen, erklärten Serge Prêtre als Mitglied der Kommission für AC-Schutz (KAC) und Beat Roos, Direktor des Bundesamts für Gesundheitswesen. Im Kanton Tessin werde allerdings auf Anordnung der kantonalen Behörden die gesamte nicht in den Bergtälern produzierte Milch wegen der immer noch hohen Radioaktivitätswerte mit Milch aus andern Gegenden vermischt und zu Käse verarbeitet. Im Kanton Tessin verkaufte Milch stamme gegenwärtig entweder aus Bergtälern, wo wegen der in der Höhe immer noch vorherrschenden Heufütterung tiefe Radioaktivitätswerte gemessen wurden, oder aus der Deutschschweiz.

Die Verarbeitung der nicht verkauften Frischmilch zu Käse und Butter löst das Problem der Milchverwertung aber nur vorübergehend: Obwohl Italien seine Importsperr gegen Schweizer Lebensmittel auf Donnerstag aufgehoben hat (siehe Seite 3), machen sich die zuständigen Bundesbehörden Sorgen, dass aus radioaktiv belasteter Milch produzierter Käse im Ausland Importsperr gegen Schweizer Käse provozieren könnte.

Während die Behörden der Bundesrepublik Deutschland überreagiert hätten habe man in der Schweiz «mit kühler Kopf pragmatisch, vernünftig und verantwortungsbewusst gehandelt und die Risiken richtig eingeschätzt», meinte Direktor Roos. Er forderte die Bevölkerung auf, den schweizerischen Fachleuten zu glauben, wenn sie erklären, dass die aufgetretene Belastung keine Gefahr bedeute.

Strahlenunfall in La Hague

Paris. - Bei einem Strahlenunfall in einer französischen Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstoffe in La Hague haben nach Angaben der Betreiberfirma vom Mittwoch fünf Arbeiter eine erhöhte Dosis radioaktiver Strahlung erhalten. Wie ein Sprecher der staatlichen französischen Gesellschaft für Kernbrennstoffe (COGEMA) mitteilte, ist bei Reinigungsarbeiten in einem stillgelegten Nebengebäude des Werks aus einem Rohrsystem eine radioaktive Lösung ausgetreten. Dabei sei einer der mit der Säuberung der Rohre beauftragten Arbeiter mehr als der doppelten und ein weiterer mehr als der dreifachen zulässigen Jahreshöchstmenge an radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen.

Bericht über Beinahe-Unfall im KKW Bugey 1984

Frankreich ist nach einem Bericht der Wochenzeitschrift «Le Canard enchaîné» vor zwei Jahren um Haarsbreite einem grossen Kernreaktorunglück entgangen. In seiner Mittwochausgabe berichtet das Blatt, dass in der Nacht zum 14. April 1984 die Elektrizitätsversorgung für die Kühlturmpumpen des 900-Megawatt-Reaktors von Bugey in Südostfrankreich beinahe ausgefallen wäre. Der «Canard» belegte seine Darstellung mit Auszügen und Reproduktionen aus einem 73 Seiten starken, vertraulichen Bericht des vom Energieministerium abhängigen Strahlenschutzamtes. Dessen damaliger Leiter und jetziger Sicherheitsinspektor des staatlichen Elektrizitätskonzerns EDF, Pierre Tanguy, gab am Dienstagabend zu, dass der Reaktor damals zwar nicht unkontrollierbar geworden sei, dass aber der Unfall sehr ernst hätte werden können. (AP/DPA)

Bei uns keine gesundheitlichen Schäden?

Sechs Fachleute über die Risiken nach der Katastrophe von Tschernobyl

Sechs Spezialisten aus den Fachgebieten Strahlenbiologie und Nuklearmedizin schliessen eine unmittelbare Beeinträchtigung der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung als Folge der erhöhten Radioaktivität aus. In bezug auf mögliche Spätfolgen sei keine wissenschaftliche Studie bekannt, die bei den in der Schweiz gemessenen geringen Strahlenwerten eine Zunahme des Krebsrisikos und der Veränderung des Erbgutes vermerkt hätte, heisst es in der am Mittwoch veröffentlichten Stellungnahme.

Bern – Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

«Die Eidg. Kommission für AC-Schutz hat bereits 1983 ein Dosis-Massnahmekonzept für den Fall einer Nuklearexplosion oder eines KKW-Unfalls im Frieden veröffentlicht. Darin wird festgehalten, dass Massnahmen bei einer Gefährdung durch Einnahme verstrahlter Lebensmittel dann beantragt würden, wenn Dosen von über 500 Millirem (1 Millirem = $\frac{1}{1000}$ Rem) zu erwarten sind.

Diese Dosis muss verglichen werden mit der mittleren jährlichen Strahlenbelastung des Schweizer von 400 Millirem aus natürlichen und künstlichen Quellen. Die jährliche Strahlenbelastung des

Schweizers schwankt dabei je nach Wohnort etwa zwischen 90 und 600 Millirem. Sehr wichtig ist auch die zusätzliche Dosis durch Radon und dessen Tochterprodukte, die aus dem Untergrund sowie aus dem Mauerwerk in Wohn- und Arbeitsräume austreten. Die mittlere jährliche Dosis daraus beträgt 160 Millirem mit bis zu 50mal höheren Spitzenwerten.

Die Wirkung von Strahlen aus natürlichen Quellen auf Lebewesen ist dieselbe wie diejenige künstlicher Quellen. Der Mensch selber ist natürlicherweise radioaktiv, genau wie seine Nahrung und Umgebung. Nach der einstimmigen Meinung der Strahlenexperten, zusammengefasst in vielen Berichten, kann über die möglichen gesundheitlichen Risiken von 500 Millirem folgendes ausgesagt werden:

Eine unmittelbare Beeinträchtigung (Frühschaden) der Gesundheit ist auszuschliessen. In bezug auf mögliche Spätfolgen wie z. B. die Erhöhung des Krebsrisikos und die Veränderung des Erbgutes ist keine wissenschaftliche Studie bekannt, die in diesem Dosisbereich je eine Zunahme vermerkt hätte. So wurde selbst unter den Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki erst bei Dosen von über 50 000 Millirem eine statistisch gesicherte Zunahme von Krebsfällen verzeichnet. Eine Erhöhung erblich bedingter Anomalien unter deren Nachkommen wurde bis jetzt nicht beobachtet. Kinder im Mutterleib sind besonders strahlengefährdet, wobei jedoch erst zwischen 1000 und 10 000 Millirem Dosis im empfindlichen Stadium der Schwangerschaft eine geringe Erhöhung der grossen natürlichen Schädigungsrate (welche 10 bis 15 Prozent beträgt) befürchtet werden müsste.

Situation entschärft sich

Bern. – Obschon inzwischen auch in Fleischproben radioaktive Bestandteile wie Cäsium festgestellt wurden, hat die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz auf die Herausgabe von besonderen Empfehlungen hiezu verzichtet. Die festgestellten Werte lägen noch innerhalb des für Risikogruppen aufgestellten Dosisrichtwerts von 500 Millirem, teilte die Kommission am Mittwoch mit. Als einzige Vorsichtsmassnahme für alle gelte nach wie vor: Keine Schafmilch trinken, wenn die Schafe im Freien geweidet wurden! Generell wurde eine weitere Normalisierung der Strahlensituation festgestellt. (SDA)

Nur 10 bis 20 Prozent der Dosis aus dem Fleisch

Bern. – Der bei einer Fleischprobe im Tessin gemessene Wert von 96 Nanocurie Cäsium (TA vom Mittwoch) sei kein Anlass zu Besorgnis, erklärte Serge Prêtre, Abteilungschef in der Hauptabteilung für Sicherheit der Kernanlagen (HSK) und Mitglied der Kommission für AC-Schutz. Unter Hunderten von Proben sei dies der einzige extreme «Ausreisser» nach oben. Die allermeisten Proben hätten viel tiefere Werte zwischen 0 und 7 Nanocurie ergeben.

Der Extremwert sei in einer Art Sulzspeise, die aus Knochenmehl und Schaffleisch hergestellt wurde, gemessen worden, sagte Prêtre. Sie stamme aus dem Tessin, ihre genauere Herkunft sei

unbestimmt. Auch sei bei diesem Wert ein Laborfehler nicht auszuschliessen.

Man habe erwartet, dass mit Verzögerung radioaktive Isotope auch im Fleisch auftauchen würden, erklärte Prêtre weiter. Dabei sei anzunehmen, dass das Fleisch dort die höchsten Werte aufweise, wo die höchsten Bodenbelastungen gemessen wurden. Extremwerte für die Schweiz werden deshalb aus dem Mendrisiotto erwartet.

Rund die Hälfte der von einem Schweizer durch Nahrungsaufnahme empfangenen Radioaktivitätsdosis stammt laut Prêtre von der Milch. 30 bis 40 Prozent werden durch das Essen von Gemüse und Salat aufgenommen. 10 bis 20 Prozent gehen auf das Konto des Fleischkonsums (ar.)



In der Abteilung Strahlenüberwachung des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung in Würenlingen werden Lebensmittel- und Grasproben auf Radioaktivität hin untersucht. (Bild Key)

Es versteht sich daher von selbst, dass bei Neugeborenen und Kleinkindern in der Umgebung von Harrisburg bei maximal 50 Millirem Gesamtdosis keine Zunahme von Anomalien aufgetreten ist, obwohl dies fälschlicherweise immer wieder behauptet wird.

Um die mögliche Wirkung kleinster Strahlendosen zu beurteilen, ist man deshalb auf rechnerische Schätzungen angewiesen. Dabei wird den folgenden Ausführungen die pessimistische Annahme zugrunde gelegt, dass für die ionisierende Strahlung wie übrigens auch für jede krebs- und mutationserzeugende chemische Substanz keine ungefährliche Schwellendosis existiert und dass die Wirkung proportional (linear) mit der Dosis anwächst. So lässt sich rein rechnerisch für eine Durchschnittsdosis von 500 Millirem eine Zunahme der Krebstodesfälle in der gesamten Schweiz in den nächsten 70 Jahren um 0,025 Prozent (d. h. ca. 300 Fälle zu den 1,2 Millionen ohnehin zu erwartenden Krebstoten) schätzen. Die Zahl erblich bedingter Veränderungen dürfte maximal um 0,03 Prozent erhöht werden (d. h. ca. 180 Fälle zu den 600 000 ohnehin zu erwartenden Fällen).

Hervorzuheben ist, dass die Strahlung keine neuartigen Effekte produziert, sondern die grosse Zahl gesundheitlicher Risiken vergrössert. Als einziger Vergleich mit anderen Risiken sei erwähnt: Eine einmalige Dosis von 500 Millirem ergibt mit einer pessimistischen Risikoschätzung eine Zunahme der Krebstodesfälle

um 0,025 Prozent, während der Konsum von zweieinhalb Zigaretten pro Tag das Risiko, an Lungenkrebs zu sterben, gegenüber dem Nichtraucher um 100 Prozent erhöht (Berechnungen von G. Schüler).

Die bisherigen Messungen von Lebensmitteln und der Strahlenpegel haben gezeigt, dass beim Ereignis Tschernobyl der obenerwähnte Dosis-Richtwert von 500 Millirem in der Schweiz auch für die am stärksten gefährdete Personengruppe in dem am stärksten betroffenen Gebiet nicht erreicht wird. Für den überwiegenden Teil der Schweizer Bevölkerung liegen die Dosen weit unter diesem Richtwert. Bei Einhaltung der Empfehlung für Kinder unter zwei Jahren, für schwangere Frauen und für stillende Mütter konnten deren Dosen zudem noch reduziert werden.»

Die Unterzeichner sind: Werner Burkart, Stellvertretender Abteilungsleiter Strahlenüberwachung am Eidg. Institut für Reaktorforschung in Würenlingen; Prof. Alfred Donath, Leiter der Abteilung für Nuklearmedizin am Universitätskantonsspital Genf; Prof. Raimund Fridrich, Leiter der Nuklearmedizinischen Abteilung am Kantonsspital Basel; Prof. Hedi Fritz-Niggli, Direktorin Strahlenbiologisches Institut der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich; Prof. Guelfo Porretti, Leiter der Abteilung für medizinische Strahlenphysik der Universität Bern; Prof. Beat Roos, Direktor des Bundesamts für Gesundheitswesen. (SDA)

«Wackersdorf» liefert den Bayern Vorwand für neue Polizeiwaffen

Nach den schweren Auseinandersetzungen um die geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für Kernbrennstoff in Wackersdorf will Bayern als erstes Bundesland Gummigeschosse anschaffen. Die «Wirkwurfkörper» genannten Waffen sollen eine «Reichweite» von 60 Metern haben. In Bonn hat Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) darüber hinaus eine Verschärfung des Demonstrationsrechts in Aussicht gestellt.

■ VON THOMAS RÜST, BONN

Die Bilanz, die die bayerischen Behörden nach den Pfingstereignissen zogen, erinnert an Kriegsberichterstattung: Zum ersten Mal wurden in der Bundesrepublik aus Helikoptern Tränengasbomben abgeworfen und kamen polizeiliche «Luftlandetruppen» zur «Entscheidung» (Entlastung) von «eingekesselten» Beamten zum Einsatz.

Als Sofortmassnahme haben die bayerischen Behörden die weitere Rodung von Wald angeordnet, um bei künftigen Schlachten eine bessere Übersicht zu haben. Weiter wurden östlich von Wackersdorf Zeltlager und alle andern Veranstaltungen verboten. Wackersdorf liegt nördlich von Regensburg in der (früher) idyllischen Oberpfalz.

Der Ruf nach Verschärfung des Demonstrationsrechts ist vom FDP-Politiker Burkhard Hirsch, einem traditionellen Gegenspieler Zimmermanns, kritisiert worden. Erst im vergangenen Jahr war ein Verbot von Vermummung und passiver Bewaffnung in Kraft getreten. Hirsch sagte, eine neue Änderung sei sinnlos, wenn die bayerische Polizei wegen falscher Einsatzplanung gar nicht in der Lage sei, das Recht durchzusetzen. In Wackersdorf waren über Pfingsten 2000 Beamte im Einsatz gewesen.

Gewalt gegen Gewaltlose bewirkte Solidarisierung

Von seiten der WAA-Gegner ist insbesondere der Abwurf des gefährlichen CS-Gases aus der Luft kritisiert worden. Die Aktion traf auch friedliche Demonstranten, unter ihnen zahlreiche Einheimische.

Wie es scheint, haben die Polizeieinsätze den Nebeneffekt gehabt, dass die Solidarisierung zwischen Einheimischen und ortsfremden Demonstranten gefördert wurde. In Berichten aus Wackersdorf heisst es, dass auch ältere Leute junge dazu aufgefordert hätten, Einsatzwagen der Polizei umzuwerfen und Strassenblockaden zu bilden.

Die Wiederaufbereitungsanlage ist seit dem sowjetischen Reaktorunglück mehr denn je umstritten. Die vier Milliarden teure Atomfabrik ist Teil eines sogenannten Entsorgungskonzepts: In Wackersdorf sollen dereinst die jährlich anfallenden 350 Tonnen Atomabfall aus den bundesdeutschen Kernkraftwerken zerkleinert und in einem chemischen Verfahren in Plutonium und Abfälle aufgetrennt werden. Während die Abfälle im niedersächsischen Gorleben gelagert würden, könnte das Plutonium im Schnellen Brüter von Kalkar (Niederrhein) verwendet werden. Der Brüter ist praktisch fertig gebaut, doch kann – wegen des Abbruchs der in Nordrhein-Westfalen regierenden SPD von der Brütertechnologie – derzeit niemand sagen, ob die Anlage je ans Netz gehen wird.

Was geschieht, wenn die neuen Fleischproben aus dem Tessin ebenfalls einen stark überdurchschnittlichen Cäsiumgehalt aufweisen? Nach den Bestimmungen der Bundesbehörden darf Fleisch bis höchstens zu einem Cäsiumgehalt von 7 Nanocurie in die Schweiz eingeführt werden. Beim Schaf aus dem Tessin wurde eine gut zwölffach höhere Cäsiumkonzentration gemessen. Kantonstierarzt Vanzetti wird heute Freitag mit Professor Otto Huber, dem Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz, und dem Direktor des Bundesamtes für Veterinärwesen im Licht der bis zu jenem Termin neu bekannten Messwerte die Lage analysieren und sich über das weitere Vorgehen beraten lassen. Allfällige Sondermassnahmen müssten von der Kommission für AC-Schutz beschlossen werden. Möglich wären auch Massnahmen, die nur das Tessin betreffen.

Der bei einer Fleischprobe aus dem Tessin gemessene hohe Cäsiumwert sei kein Anlass zu Besorgnis, habe Serge Prêtre von der Hauptabteilung für Sicherheit der Kernanlagen am Mittwoch in Bern erklärt (TA vom Donnerstag). Von über 100 Proben sei dies der einzige extreme Wert, sagte er. Dabei verschwieg er allerdings, dass dieser hohe Wert von der einzigen aus dem Tessin gemessenen Probe stamme. (al.)

Strahlungswerte im Tessin

Die radioaktive Belastung im Tessin ist vom Sechzehnfachen auf höchstens das Dreifache des natürlichen Pegels zurückgegangen. Diese Höchstwerte der Umgebungstrahlung im meistbelasteten Gebiet der Schweiz würden noch weiter sinken, teilte die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz (KAC) am Donnerstag aufgrund der Messungen vom Vortag mit. (AP)

Erst eine Tessiner Fleischprobe

Der sehr hohe Cäsiumgehalt im Fleisch eines Schafes aus dem Tessin hat den Kantonsveterinär Tullio Vanzetti überrascht. Es handelt sich dabei um die einzige Fleischprobe aus dem Tessin, deren Resultat bekannt ist. Am Freitag werden die Resultate weiterer Proben bekannt, und Vanzetti reist nach Bern, um mit den zuständigen Stellen abzuklären, ob besondere Massnahmen notwendig seien.

Bellinzona. – Der verheerende Reaktorunfall in Tschernobyl hat auch Spuren im Fleisch zurückgelassen. Im Fleisch eines Schafes aus der Gegend von Lugano (Val Colla) wurden 89 Nanocurie Cäsium gemessen, wie Kantonstierarzt Vanzetti gegenüber dem TA bestätigte. Es handelt sich dabei um das einzige bisher vorliegende Analyseergebnis einer Fleischprobe aus dem Tessin. Weitere Fleischproben wurden in den letzten Tagen nach Bern geschickt. Heute Freitag sollten die Ergebnisse vorliegen. Vanzetti nimmt an, dass auch diese Resultate über den in der übrigen Schweiz gemessenen 0 bis 7 Nanocurie liegen werden, denn es sei kaum anzunehmen, dass man im Tessin ausgerechnet auf ein einziges schwarzes Schaf gestossen sei.

Es wird bereits an Tschernobyl II gedacht

Moskau/Wien/Washington/Wiesbaden. – Der Stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Iwan Silajew sagte in einem Interview mit Radio Moskau, den nach dem Unglück eingesetzten Experten habe nicht im vollen Umfang die erforderliche Ausrüstung zur Verfügung gestanden. «Wir haben unsere Konstrukteure und Maschinenbauer eingeladen, hierher (nach Tschernobyl) zu kommen. Wir zeigen ihnen, was unter solchen Umständen erforderlich ist, was für Einrichtungen vorhanden sein sollten, und sie sollen natürlich für uns ein Programm ausarbeiten, das unter ähnlichen oder anderen Umständen eingesetzt werden kann.» Niemand könne einen weiteren Unfall wie den von Tschernobyl ausschliessen, sagte Silajew.

Moskau denkt nicht ans Zahlen

Anlässlich der dringlichen Sitzung des Gouverneursrates der Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien erklärte IAEA-Generaldirektor Hans Blix, die IAEA sei nicht in die Erörterung möglicher Schadenersatzforderungen eingeschaltet. Der sowjetische Botschafter bei der IAEA, Oleg Chlestow, bestätigte, dass die Sowjetunion nicht zahlen werde. Das sowjetische Gouverneursratsmitglied Semjonow sagte, man könne jetzt feststellen, dass es ausserhalb der Sowjetunion «praktisch keine Gesundheitsgefährdung» gegeben habe. Die Menschen in Kiew, würden im Zeitraum eines Monats nach dem Unfall etwa 200 Millirem an Strahlung absorbieren. Die gesundheitliche Auswirkung dieser Strahlendosis sei etwa vergleichbar der Gefährdung eines Menschen, der 20 Zigaretten pro Tag rauche und seinen Tagesverbrauch um eine Zigarette erhöhe.

Das 650. Lern-Experiment

Die USA haben am Mittwoch in der Wüste von Nevada einen unterirdischen Atomversuch vorgenommen. Es handelt sich um den 650. angekündigten Versuch seit Beginn der Tests in der Wüste von Nevada. Der sowjetische Staatspräsident Andrei Gromyko hat den Test verurteilt und den Amerikanern einen «merkwürdigen Fanatismus» vorgeworfen. Moskau hat seinen Teststopp bis zum 6. August, dem Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, verlängert.

Grünes «Ausstiegsszenario»

Die deutschen Atomkraftwerke können nach Überzeugung des hessischen Umweltministers Joschka Fischer von den Grünen sofort abgeschaltet werden, ohne dass die Stromversorgung gefährdet würde. Fischer legte in Wiesbaden ein von seinem Ministerium erarbeitetes, 130 Seiten umfassendes «Ausstiegsszenario» vor. «Was jetzt zählt, ist der politische Wille», sagte Fischer. Der kurzfristige Ersatz von Atomenergie durch Kohle, Gas und Öl sei möglich. Für eine Übergangszeit von etwa drei Jahren müsse ein Anstieg von Schwefel- und Stickoxid-Emissionen in Kauf genommen werden, was aber angesichts des Gefährdungspotentials der Atomkraftwerke «vertretbar» scheine. Er halte nichts davon, «das Waldsterben gegen den Super-GAU aufzurechnen». (AP)

Tschernobyl: Zwei Welten am runden Tisch

Medienkritik: Zur Informationspolitik der Sowjetunion. DRS, Mittwoch

■ VON VIKTOR SCHLUMPF

Eines hat die medienkritische Sendung am Mittwochabend zweifellos erreicht: Nach der Konfrontation zwischen den drei aufgebotenen Russland-Kennern und dem sowjetischen Journalisten Wladimir Markow wird sich kaum mehr jemand wundern, dass es in der grossen Politik nicht vorwärtsgeht. Denn offensichtlich haben nicht nur eingefleischte Regierungsvertreter – sozusagen von Amtes wegen – Mühe, über ost-westliche Gräben hinweg zu steigen. Auch einer doch recht liberal zusammengesetzten Gesprächsrunde wie dieser will (kann?) es anscheinend nur schwer gelingen, gemeinsame Ansatzpunkte zu finden.

Eingangs zwar schien eine differenzierte Diskussion noch möglich zu sein. Besonders der langjährige Moskau-Korrespondent Klaus Bednarz vom ARD begnügte sich keineswegs mit sterilen Attacken. Er betonte, wie chaotisch und jämmerlich man mit Tschernobyl zum Teil auch im Westen umgeht. Aber diese kritischen Bilanzen waren nun einmal nicht das Thema des Abends. Thema bildete die Informationspolitik im totalitären Staat Sowjetunion, und hier zeigte sich rasch, dass, wo es ums Demokratieverständnis geht, auch derjenige Farbe bekennen muss, der eigener westlicher Politpraxis keineswegs unkritisch gegenübersteht. Das Hauptfaktum liess sich einfach nicht wegdiskutieren: Hier hat eine Regierung es tagelang bewusst unterlassen, Ausland und eigene Bevölkerung über lebensgefährliche Vorfälle zu informieren. «Zynisch» und «menschenverachtend» nannte Bednarz dieses Verhalten zu Recht.

Was der sowjetische Gast bot, war eine Lektion in leninistischer Medien doktrin: Danach hat die Presse «kollektiver Organisator und Agitator der Massen» zu sein, und Journalismus wird folgerichtig als Sprachrohr von Partei und Regierung verstanden. Hier konnte es keine Annäherung mehr geben. Markow versteifte sich darauf, ein offensichtliches Versagen des Systems zuzudecken, indem er Sünden des Westens auflistete, die Freiheit der «Privatpresse» in Frage stellte und seine Gesprächspartner der «oberflächlichen und primitiven» Stimmungsmache bezichtigte. Verbunden wurde diese Rundumdefensive mit dem eher peinlichen Versuch, politisch doch noch etwas herauszuholen, indem das Atomdebakel zum Instrument sowjetischer Abrüstungs- und Teststoppbemühungen umfunktioniert wurde. So unterschiedliche Leute wie Bednarz, Georg Bruderer vom Berner Ost-Institut und der Journalist Eric A. Peschler rückten unter diesen Umständen näher zusammen, als sie in Wirklichkeit wohl stehen.

So bot das Gespräch, wie Gesprächsleiter Ueli Heiniger abschliessend bemerkte, tatsächlich einen «Einblick in zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme». Und machte, so möchte man anfügen, die gewaltige Kluft deutlich, die Welten, die nach wie vor dazwischenliegen.

«Weg von der Kernenergie!»

Forderung verschiedener Natur- und Umweltschutzorganisationen nach Tschernobyl

Nach Tschernobyl fordern verschiedene Schweizer Natur- und Umweltschutzorganisationen den Ausstieg aus der Nuklearenergieproduktion bis etwa zur Jahrtausendwende, ohne dass dabei auf andere, umweltbelastende Energien wie fossile Brennstoffe ausgewichen wird. Oberste Priorität habe eine konsequente Energiesparpolitik. Auf politischer Ebene seien dazu «mit aller Dringlichkeit» die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, heisst es in dem Schreiben an den Bundesrat, das am Donnerstag in Bern der Presse präsentiert wurde.

Bern. – Nationalrätin Ursula Mauch (SP, Aargau) verlangte von der Landesregierung im Namen des Schweizerischen Bundes für Naturschutz, der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz, der Schweizerischen Energie-Stiftung sowie der Stiftung WWF Schweiz für die natürliche Umwelt verantwortungsbewusstes Handeln angesichts des «offensichtlichen Katastrophenpotentials der Nuklearenergie». Auch in der Schweiz sei Tschernobyl möglich, erklärte Ursula Mauch.

Die Umweltschutzorganisationen drängen

genen Kompetenzen auszuschöpfen und mit höchster Priorität eine konsequente Sparpolitik zu fördern. Wichtige Voraussetzung für den Ausstieg aus der gross-technischen Kernenergienutzung sei ein Stromspargesetz. Zudem sollen Technologien mit besserem Wirkungsgrad gefördert und Alternativen entwickelt werden. Auf zusätzliche Wasserkraftwerke oder die Einfuhr von mehr fossilen Energien sei hingegen zu verzichten. Die Organisationen bezeichneten eine solche Energiepolitik als realisierbar, und zwar mit «viel geringeren und vor allem besser kalkulierbaren Risiken, Kosten und Schäden».

Grenzwerte «erstaunlich hoch»

Der Zürcher Arzt Ernst Zehnder betonte, dass sich die Auswirkungen von Tschernobyl für unsere Gesundheit erst in Jahren und Jahrzehnten zeigten. In den

Böden lägen grosse Mengen an radioaktiven Substanzen, die erst in den nächsten Wochen und Monaten in die Nahrung eingebaut würden. Weitere Messungen im Boden und in den gefährdeten Nahrungs-mitteln seien dringend nötig. Im weiteren kritisierte Zehnder, dass die AC-Schutz-Kommission die Grenzwerte für Radioaktivität in den Nahrungsmitteln «relativ willkürlich» festgelegt habe und dass sie im Vergleich zu ausländischen Werten «erstaunlich hoch» lägen.

(SDA/AP)

REKLAME

RL736

